

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band: 64 (1972)
Heft: 4

Artikel: Glück und Ende des allumfassenden "Weltgewerkschaftsbundes"
Autor: Brügel, J.W.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-354553>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 16.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

grundlage sind nicht in die Versicherung einbezogen) in der Krankenversicherung der Arbeitnehmer von derzeit 4800 auf 5400 bis 5700 Schilling monatlich (also auf 900 bis 950 sFr.) und dann die Dynamisierung der Höchstbeitragsgrundlage. In der Diskussion wurde auch die Möglichkeit einer Erhöhung des in der ASVG-Krankenversicherung geltenden Beitragssatzes, der in Oesterreich recht niedrig ist, einbezogen. Momentan macht der Beitragssatz, der je zur Hälfte von Arbeitgebern und Arbeitnehmern getragen wird, für Arbeiter 7,3 und für Angestellte 4,8 Prozent des versicherungspflichtigen Entgelts aus.

Die nächsten Schritte hat nun der Gesetzgeber zu machen. Er findet einen von der Enquete über die soziale Krankenversicherung schon etwas geebneten Weg vor.

Glück und Ende des allumfassenden «Weltgewerkschaftsbundes»

J. W. Brügel

Julius Braunthals «Geschichte der Internationale» liegt nun mit dem dritten Band, der die Nachkriegszeit behandelt, abgeschlossen vor ¹⁾ und ein Rezensent hat das ganze Werk mit Recht «die sozialdemokratische Weltgeschichte der Gegenwart» genannt, denn es ist weit mehr als eine Geschichte der Sozialistischen Internationale, deren Sekretär der heute 81jährige Autor von 1949 bis 1956 war. Es handelt sich bei dem dritten Band um eine vom Standpunkt des demokratischen Sozialismus gesehene Darstellung der Nachkriegsgeschichte unter besonderer Berücksichtigung der sozialistischen und der kommunistischen Bewegung. Der grosse Vorzug des Buches ist, dass es sich nicht auf die Betrachtung der Vorgänge in Europa beschränkt, sondern Sozialismus und Kommunismus in Asien in allen Einzelheiten zum ersten Male zusammenfassend – gegründet sowohl auf persönliche Erfahrung wie auf ein eifriges Studium der Literatur – in deutscher Sprache beschreibt.

Natürlich kommen in dem Buch auch die Probleme des Neuaufbaus der gewerkschaftlichen Organisationen nach dem Zweiten Weltkrieg im innerstaatlichen und im internationalen Bereich nicht zu kurz. Mit grosser Eindringlichkeit wird besonders die Eroberung der Ge-

¹⁾ Julius Braunthal, *Geschichte der Internationale*, Band 3, Hannover 1971, Verlag J. H. W. Dietz, 724 Seiten.

werkschaftsbewegung in Frankreich und Italien durch die Kommunisten geschildert, die zur Auflehnung der nichtkommunistischen Gewerkschafter gegen eine von den Kommunisten dirigierte und nach ihren taktischen Bedürfnissen agierende Einheitsorganisation führt. In Frankreich lehnte sich die von Léon Jouhaux geführte «Force Ouvrière» gegen die kommunistische Taktik auf, das Land wirtschaftlich zu zerrütten und errichtete eine selbständige Gewerkschaftszentrale, ebenso wie die christlichen Gewerkschafter, die seit her ihre Basis verbreitert und die Bezeichnung «christlich» aus dem Namen ihrer Gewerkschaftszentrale gestrichen haben. Aehnlich war es in Italien, wo sich die Kommunisten nach und nach der im Januar 1945 in Neapel gegründeten Confederazione Generale Italiana del Lavoro (CGIL) bemächtigten und aus ihr ein Instrument der kommunistischen Politik machten, die in Italien damals im Gegensatz zu heute vollkommen auf die Weisungen Moskaus ausgerichtet war. Das führte in Italien zu zwei Spaltungen: zu dem Aufbau der selbständigen und dem IBFG angeschlossenen Zentrale Confederazione Italiana Sindacati Lavoratori (CISL), die vor allem christliche Demokraten, aber auch Sozialisten umfasst, sowie zur Gründung der gleichfalls dem IBFG angeschlossenen Landeszentrale Unione Italiana Lavoratori (UIL), deren Mitgliedschaft sich vor allem aus Sozialdemokraten und Republikanern rekrutiert. (Die gegenwärtig im Gange befindlichen Bestrebungen zur Wiedervereinigung der italienischen Gewerkschaftsbewegung sind in dem Buch natürlich noch nicht behandelt.)

Bemühungen zur Herstellung einer Gewerkschaftseinheit auf internationaler Grundlage haben nicht erst im und nach dem Zweiten Weltkrieg eingesetzt. Die von Lenin 1920 gegründete «Rote Gewerkschaftsinternationale» (Profintern) sollte als Instrument der Spaltung der von Sozialisten geleiteten und im Internationalen Gewerkschaftsbund (IGB) vereinigten Gewerkschaftsbewegungen dienen. Nachdem der Versuch, die freien Gewerkschaften zu unterminieren, im Wesen gescheitert war – nur in der Tschechoslowakei gab es bis 1938 eine kommunistisch geleitete Gewerkschaftszentrale ausserhalb der Sowjetunion –, verlegten sich die Kommunisten auf die entgegengesetzte Taktik des Versuches einer Verschmelzung mit dem IGB, wobei die Erwartung bestand, man könnte durch das zahlenmässige Uebergewicht der sowjetischen Gewerkschaften zusammen mit den kommunistisch orientierten Gewerkschaften ausserhalb der Sowjetunion und einigen schwankenden Elementen den IGB in ein Instrument der kommunistischen Politik umwandeln. (Die Rote Gewerkschaftsinternationale wurde 1936 sang- und klanglos aufgelöst.) Die jahrelang vom IGB mit Moskau geführten Verhandlungen führten zu keinem positiven Ergebnis, da die sowjetischen Funktionäre keine der gewünschten Zusicherungen geben wollten; sie wurden durch einen ablehnenden Beschluss des letzten, im Juli 1939 in

Zürich stattgefundenen IGB-Kongresses beendet. Damals wie später haben weltpolitische Erwägungen auf die gewerkschaftliche Stellungnahme zu einem grossen Teil abgefärbt. Im Sommer 1939 stand die Frage eines gegen die Aggressivität des Dritten Reiches gerichteten Verteidigungsbündnisses zwischen London, Paris und Moskau im Vordergrund der Erwartungen, und daher war am Zürcher Kongress die britische Delegation im Gegensatz zu anderen eher dafür, die Türe nach Moskau nicht definitiv zuzuschlagen. Aber der Abschluss eines Bündnisses zwischen Hitler und Stalin im Sommer 1939 tötete nach dieser Richtung bestehende Illusionen ab. (Die jede Zusammenarbeit mit sowjetischen Gewerkschaften, deren gewerkschaftlichen Charakter sie nicht anerkannte, ablehnende American Federation of Labor war damals nicht Mitglied des IGB.) Die Frage eines Versuches der Ueberbrückung der Spaltung der Gewerkschaftsbewegung wurde wieder aktuell, als sich die Sowjetunion gegen den deutschen Ueberfall heroisch und erfolgreich zur Wehr setzte. Die britischen Gewerkschaften, die im eigenen Bereich den Kommunisten keine Konzessionen zu machen bereit waren, versuchten im Krieg durch Schaffung eines anglo-sowjetischen Gewerkschaftskomitees eine internationale Einigung der Gewerkschaftsbewegung vorzubereiten. 1943 gab es zum ersten Male eine sowjetische Delegation auf dem alljährlichen Britischen Gewerkschaftskongress, und damals war beschlossen worden, sobald wie möglich auf einer Vorkonferenz die Voraussetzungen zur Gründung einer einheitlichen, die ganze Welt umfassenden Gewerkschaftsinternationale zu schaffen. Diese Konferenz, zu der der Britische Gewerkschaftsbund (TUC) 71 Verbände in 31 Ländern eingeladen hatte, fand im Februar 1945 in London statt – die AFL hatte die Beteiligung abgelehnt, während die zweite damals bestandene amerikanische Gewerkschaftszentrale Congress of Industrial Organisations (CIO) vertreten war. Auf der Konferenz waren 63 Gewerkschaftsverbände mit etwa 60 Millionen Mitgliedern aus 46 Ländern zusammengekommen, darunter auch der Schweizerische Gewerkschaftsbund (Hermann Leuenberger und Hans Oprecht). Zum ersten Male seit einem Vierteljahrhundert hatten sich Freigewerkschafter und Kommunisten zu einer gemeinsamen Beratung zusammengefunden, und man beschloss die Schaffung eines «Weltgewerkschaftsbundes», dessen Gründungskongress für den September 1945 nach Paris einberufen wurde. Die ursprünglichen Versuche, den IGB zu erhalten und ihn durch Einbeziehung der bisher abseits gestandenen kommunistischen Verbände zu erweitern, waren am sowjetischen Veto gescheitert. In dem Bestreben, den Kommunisten soweit wie nur möglich entgegenzukommen, hatte man übersehen, welche Motive die Kommunisten für ihr Beharren hatten, es müsse eine ganz neue, an nichts Bestehendes anknüpfende Internationale errichtet werden. Wer das heute als mangelnde Voraussicht im demokratischen Lager

zu kritisieren geneigt ist, muss sich die damalige Situation vor Augen führen, in der es zu der Hoffnung, der Weltfrieden werde durch das Fortbestehen der Kriegsallianz zwischen Washington, London und Moskau aufrechterhalten werden, keine greifbare oder wünschenswerte Alternative gab.

Braunthal sagt in seinem Buch, dass das Experiment des Weltgewerkschaftsbundes nach wenigen Jahren an dem Zwiespalt der Allianz der Grossmächte zugrunde ging. Bereits an der Potsdamer Konferenz im Juli 1945 seien die Gegensätze zwischen den Westmächten und der Sowjetunion offenbar geworden, was dann zur Auslösung des Kalten Krieges geführt hat. Man hätte nicht erwarten können, dass der Sowjetische Gewerkschaftsbund und die von den Kommunisten durch ähnliche Methoden wie in Frankreich und Italien, aber in Osteuropa unter aktiver Hilfe der sowjetischen Armee, zu Instrumenten der kommunistischen Politik gemachten Landeszentralen in einem Konflikt zwischen der Sowjetunion und den Westmächten neutral bleiben würden. Unter diesen Umständen sei es denn auch im WGB zum offenen Konflikt gekommen, was zum Austritt der freigewerkschaftlichen Organisationen und zur Gründung des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IBFG) in London im Dezember 1949 führte.

Diese Darstellung ist natürlich vollkommen richtig. Eine andere Frage ist, ob sie vollständig ist und alle Gründe des Zusammenbruchs der Zusammenarbeit im WGB erfasst. So wie die Gründung des WGB ein Reflex der weltpolitischen Situation von 1944/45 war, so war das Scheitern dieses Experiments ein Reflex der durch die sowjetische Aggressivität geänderten späteren weltpolitischen Konstellation. Aber darüber hinaus muss noch gesagt werden, dass es so etwas wie eine echte Zusammenarbeit dieser Organisationen verschiedenen Aufbaus und verschiedener ideologischer Einstellung im Rahmen des WGB überhaupt nie gegeben hat. Alle Schlüsselpositionen in der Leitung des WGB, der damals seinen Sitz in Paris hatte, waren von Kommunisten oder von ihnen hörigen Funktionären besetzt. Die nichtkommunistische Mehrheit unter den 67 Millionen ursprünglichen Mitgliedern der im WGB vereinigten Verbände wurde durch eine geschickte Taktik von jeder Einflussnahme auf das Geschehen ausgeschaltet, und es gab in den Jahren zwischen 1945 und 1948 nicht das geringste Anzeichen irgendeines über das rein Organisatorische hinausgehenden «Zusammenrückens» zwischen den Gewerkschaftsorganisationen der verschiedensten Richtungen. Die demokratischen Gewerkschaftsorganisationen konnten eine offene Unterstützung der weltpolitisch kommunistischen Taktik durch den WGB mit ihrem Veto bis zu einem gewissen Grad unterbinden, aber die Bemühungen der nichtkommunistischen Verbände, trotz aller Bedenken einen Bruch zu vermeiden, mussten in dem Augenblick scheitern, in dem weltpolitische Ereignisse direkt in die gewerk-

schaftlichen Interessen eingriffen und zu einer Stellungnahme zwangen. Es ging um den amerikanischen Vorschlag, dem durch den Krieg verwüsteten Europa in Form des Marshallplans zu helfen. Dieser Vorschlag war auch als Hilfe für die kommunistisch beherrschten Länder gemeint, wurde aber von Stalin brüsk zurückgewiesen, der auch die damals noch nicht diktatorisch von den Kommunisten regierten Länder an der sowjetischen Grenze (Polen und die Tschechoslowakei) zwang, das amerikanische Angebot abzulehnen. Die demokratischen Gewerkschaften der übrigen europäischen Länder hatten natürlich das grösste Interesse daran, dass der amerikanische Vorschlag verwirklicht werde und dass sich die Gewerkschaften bei der Durchführung des Planes positiv einschalten können. Da man nicht gleich austreten wollte, verlangten die britischen Gewerkschaften zuerst die Einstellung der Tätigkeit des WGB für eine gewisse Zeit und entschlossen sich erst später zum Austritt. Nun folgten die anderen demokratischen Landeszentralen, darunter auch der SGB. Vorher schon hatte man eine Konferenz zur Formulierung des gewerkschaftlichen Standpunkts zum Marshallplan nach London einberufen und dort eine freigewerkschaftliche Taktik für die Bewältigung der durch die Verwirklichung des Marshallplanes gestellten Aufgaben festgelegt.

Es stimmt also, dass das Scheitern der ursprünglichen Konzeption des WGB eine Folge der weltpolitischen Spannungen der damaligen Tage war, aber wäre unter anderen Umständen ein Andauern des 1945 geschaffenen Zustandes möglich gewesen? Wie schon gesagt, bestand der WGB eigentlich nur aus einer in Paris amtierenden Zentrale, in welcher der zwar formell der KP damals nicht angehörende, aber die Wünsche Moskaus blind ausführende Generalsekretär Louis Saillant selbstherrlich alle Entscheidungen traf und seinen Stellvertreter Walter Schevenels, den früheren Generalsekretär des IGB, der als Vertrauensmann der demokratischen Verbände in die Pariser WGB-Zentrale berufen worden war, von jeder Einflussnahme fernhielt. Um aber die bis dahin freie Gewerkschaftsbewegung in die Hand zu bekommen, hatten die kommunistischen Leiter des WGB beschlossen, sich der Internationalen Berufssekretariate zu bemächtigen, die bis zu diesem Zeitpunkt keinen kommunistisch orientierten Mitgliedsverband hatten. Man verlangte von ihnen, die sich dem IGB gegenüber immer vollständiger Autonomie erfreut hatten, dass sie ihre ganze Existenz aufgeben und sich als blosse «Berufsabteilungen» voll in den WGB eingliedern. Gegen dieses Ansinnen setzten sich die Internationalen Berufssekretariate natürlich zur Wehr. Einige von ihnen, wie die Internationale Transportarbeiterföderation, hatten, wenn auch unter Schwierigkeiten, ihre Tätigkeit die ganze Kriegszeit hindurch fortgeführt, die Tätigkeit anderer, die ihren Sitz auf dem Kontinent hatten, war durch die Kriegsereignisse unterbrochen worden und musste neu aufgenommen wer-

den – ein Vorgang, der 1947/48 noch nicht in allen Fällen abgeschlossen war. Jedenfalls bildeten aber die amtierenden Generalsekretäre der acht wichtigsten Internationalen Berufssekretariate ein Komitee, das den Kampf gegen die kommunistischen Absichten, sie mit den Mitgliedsbeständen und dem Vermögen zu absorbieren und der kommunistischen Politik dienstbar zu machen, organisierte. Der leitende Kopf in diesem Komitee war der damalige Generalsekretär der ITF und spätere Erste Sekretär des IBFG J. H. Oldenbroek, der vor zwei Jahren gestorben ist. Auch die anderen Mitglieder des Komitees sind entweder schon tot oder nicht mehr aktiv, aber da die Existenz dieses Komitees bisher noch nie öffentlich erwähnt worden ist, scheint es angezeigt, diesen Sachverhalt festzuhalten. Das erwähnte Komitee hat in Memoranden die Tragweite der Absichten der Kommunisten analysiert und sich auf das entschiedenste dagegen ausgesprochen, dass die Berufsinternationalen von der Bildfläche verschwinden. Das war aber ein Kardinalpunkt der kommunistischen Forderungen, und wenn es nicht der weltpolitischen Situation wegen zu dem Auszug der freigewerkschaftlichen Organisationen aus dem WGB gekommen wäre, hätte die in seinem Rahmen geschaffene Einheit wegen der Auseinandersetzung um die Zukunft der Internationalen Berufssekretariate ihr Ende finden müssen. Die freien Gewerkschaften hätten unmöglich der Unterwerfung der Internationale, zum Beispiel der Bergarbeiter, der Metallarbeiter usw., unter ein kommunistisches Diktat zustimmen können. Die besondere Betonung der Autonomie der Internationalen Berufssekretariate in der Satzung des IBFG ist nicht zuletzt ein Reflex der Erfahrungen, die dieser mit dem Versuch gemacht hatte, sich ihrer für Zwecke zu bemächtigen, die den Zielsetzungen ihrer Mitglieder fremd waren. Die Tatsache, dass dann gerade Oldenbroek, der den Kampf gegen die versuchte Manipulation mit den Berufsinternationalen geführt hatte, Generalsekretär des IBFG wurde, unterstrich den Erfolg des Abwehrkampfes, den die Internationalen Berufssekretariate geführt haben.